



Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-Pfalz

Telefon: 06131/67 63 38

Adam-Karrillon-Str. 62

Internet: [www.rlp-brh.de](http://www.rlp-brh.de)

55118 Mainz

E-Mail: [banten@rlp-brh.de](mailto:banten@rlp-brh.de)

---

**Ausgabe 5**

**Mai 2016**

---

## **Sitzungen von dbb Vorstand und Hauptvorstand in Trier**

Sehr geehrte Kolleginnen,  
sehr geehrte Kollegen,

am 28. 04. fanden die diesjährigen Frühjahrssitzungen von Vorstand und Hauptvorstand des dbb Rheinland-Pfalz in der Deutschen Richterakademie in Trier statt. In beiden Sitzungen wurde über die aktuelle politische Lage berichtet. Weiterhin wurden die Tätigkeitsberichte der Landesleitung, der Arbeitnehmervertretung, der dbb Jugend und der Landesfrauenvertretung vorgetragen.

Herausragendes Thema im Lagebericht der Landesleitung war das Ergebnis über die Gespräche der rot-gelb-grünen Regierungskoalition für die am 18. Mai beginnende Legislaturperiode des Landtages Rheinland-Pfalz.

Ausführlich diskutiert wurde über den Entwurf des Koalitionsvertrages, der unter dem Titel „Sozial gerecht - wirtschaftlich stark - ökonomisch verantwortlich - Rheinland-Pfalz auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt“ von den Koalitionären vorgestellt worden war. Unter dem Kapitel 14 des Vertrages: „Haushaltskonsolidierung fortsetzen - Schuldenbremse 2020 einhalten“, schreiben die zukünftigen Koalitionäre unter dem Arbeitstitel:

### **„Solide Finanzen für Zusammenhalt, Fortschritt und Nachhaltigkeit“**

„Unsere künftige Finanzpolitik soll eine solide Basis sein, um eine insgesamt soziale, die wirtschaftliche Entwicklung fördernde und nachhaltige Politik zu ermöglichen. Solide Staatsfinanzen sind daher nicht nur das Ziel der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse, sondern auch unser eigener politischer Wille. Wir bekennen uns zur Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse. Wir wollen klug und verantwortungsvoll mit diesem Anspruch umgehen, damit das Land auf Dauer handlungsfähig bleibt. Herausforderungen der kommenden Jahre sind daher immer auch unter dem finanziellen Blickwinkel zu betrachten. Das Land soll seine Aufgaben jederzeit und auf Dauer gut erfüllen können. Diese Aufgaben zu gestalten, erfordert daher nicht nur unseren politischen Willen, sondern auch finanzielle Ressourcen. Mehrbedarfe können allerdings immer nur im Einklang mit den haushaltspolitischen Zielen umgesetzt werden.“

Diese Sätze aus dem Koalitionsvertrag bedeuten, dass einem eventuellen Mehrbedarf im öffentlichen Dienst, unter dem Gesichtspunkt der Einsparungen eine Absage erteilt wird. Die Schuldenbremse hat Vorrang vor einer effizienten Verwaltung.

Weiterhin sind folgende Sätze im Koalitionsvertrag von Bedeutung: „Wir werden unter dem Gesichtspunkt von Einsparungen und Effizienzgewinnen eine Überprüfung der Landesverwaltung vornehmen. Um die notwendigen Verbesserungen zu erreichen und die Einhaltung der Schuldenbremse zu gewährleisten, kann auch auf Einsparungen im Bereich des Personals nicht verzichtet werden. Im Bereich des Personals werden wir rund 2 000 Stellen abbauen und entsprechende Vollzeitäquivalente (was auch immer das heißen mag) reduzieren. Die 2000 Stellen sollen konkret auf einzelne Personalbereiche verteilt werden.“

Die Landesministerien selbst und deren Mittelbehörden müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Im Bereich der Ministerien und der Mittelbehörden, soweit diesen im Laufe der Legislaturperiode nicht aufgabenspezifische Reduzierungen zugewiesen werden, sollen allein 600 Stellen abgebaut werden. Der Abbau aller Stellen soll sozialverträglich erfolgen“.

Von den Teilnehmern der Hauptvorstandssitzung wurde deutlich Kritik daran geübt, dass die „Dreyer-Regierungs-Koalition“ aus der Luft gegriffenen Zahlen für den Personalabbau festlegt, ohne zunächst die Aufgaben des öffentlichen Dienstes in Inhalt und Umfang zu definieren. Am Ende wird sich die Koalition daran messen lassen, was tatsächlich und auf welche Art erreicht wurde.

Was man mit Personalabbau erreichen kann, wurde von der jetzigen und vermutlich auch nächsten Grünen Landwirtschaftsministerin Höfken bei der Verpachtung der staatlichen Weinbaudomäne Trier erklärt. Der Weinbaubetrieb musste verpachtet werden, weil über Jahre hinweg hohe Defizite eingefahren wurden. Dass der Weinbaubetrieb nicht aus dem Minus herausgekommen war, war vor allem an der zu knappen Mitarbeiterzahl geschuldet. Beim staatlichen Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum, zu dem auch die Domäne gehörte, seien seit 2003 rund 40 % des Personals abgebaut worden, so die Ministerin. Damit fehlten die Rahmenbedingungen, um die Domäne erfolgreich zu führen. Das Rezept, ohne Personal Gewinn zu erzielen, ging in diesem Fall nicht auf.

Diese vorstehenden Punkte führten zu einer einstimmigen Verabschiedung der beiden Entschlüsse des dbb Hauptvorstandes unter den Titeln „Faire Bezahlung im öffentlichen Dienst - gerissene Löcher müssen gestopft werden“ und „Ampel Koalitionsvertrag - Nein zum Personalabbau“. Die beiden Entschlüsse sind dieser Mitgliederinformation beigelegt.

In diesen Entschlüssen fordert der Hauptvorstand des dbb Rheinland-Pfalz mit Blick auf die Besoldungs- und Versorgungseinschnitte in der Vergangenheit, insbesondere durch die katastrophale 1 % Regelung für die Jahre von 2012 bis 2014, zusätzlich zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme zukünftiger Tarifergebnisse, eine kompensatorische Linearanpassung von weiteren sechs Prozent bei Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst.

*Mit kollegialen Grüßen*

*Ihr*

  
*Landesvorsitzender*